

Die Lösung der EURO-Krise

– Eine völlig neue Sichtweise –

**Ein gesamtheitlicher Lösungsansatz für die
EURO-, Finanz-, Banken-, Wirtschafts- und Sozialkrise**

Kurzfassung

(nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland)

des

PERSPEKTIVE

ohne Grenzen e.V.

PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.

FeringasträÙe 12 a

85774 München-Unterföhring

Telefon: 089 – 416007 – 21

Mail: info@d-perspektive.de

www.d-perspektive.de

Die Lösung der EURO-Krise – eine völlig neue Sichtweise

A. Zusammenfassung:

15 Jahre nach Einführung des EURO und 24 Jahre nach dem Vertrag von Maastricht steht diese Union und ihre Währung – neben dem Dollar inzwischen die zweitwichtigste Handelswährung weltweit – vor großen Herausforderungen; vor allem, weil handwerkliche Fehler, politische Ideologie, unerschwellige Machtansprüche, aber auch unaufrichtiges Verhalten aller beteiligter Regierungen – aus populistischen Gründen gegenüber ihren Bürgern und den Vertragspartnern – zu Fehlentwicklungen führten, die dem EURO-(Währungs-)Verbund heute auf die Füße fallen.

Hinzu kommt die wachsende Divergenz zwischen real-gelebter (inter)nationaler Wirtschaft und von Politikern/Parteien eisern verteidigter nationaler Wirtschaftspolitik. Während die Wirtschaft kreativ nach günstigsten Produktions-Standorten und Handelswegen sucht, verharrt die Politik in egoistischem, national-staatlichem Denken.

Als jüngstes Problem gesellte sich seit 2015 die „Flüchtlings“-problematik hinzu, die nationale Egoismen zusätzlich befeuert und das sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Gefüge der EU zu zerreißen droht.

Der in dieser Divergenz gefangene und fachlich überforderte Bürger fühlt sich politisch ohnmächtig und verraten, kann sich mit dem politischen Anspruch der Parteien längst nicht mehr identifizieren und sucht nur noch nach Wegen, das für ihn günstigste aus der Situation zu machen.

Der zu allererst auf die Ziele der eigenen Partei und seine eigenen Wahlchancen schielende Kreis der Politiker entscheidet vornehmlich nach eigenen Opportunitäten – oftmals kennnisarm, ohne Verständnis für die Zusammenhänge – bzw. nur nach vorgegebener Parteidoktrin, ohne daß er jemals befürchten muß, sein politisches (Fehl)Handeln rechtfertigen und verantworten zu müssen. Den daraus erwachsenen Zwängen und Verordnungen sind zwar die Bürger weitestgehend hilflos ausgeliefert, die längst de-nationalisierte Wirtschaft – insbesondere Großkonzerne und Banken – findet jedoch regelmäßig Wege, um eigene Vorteile zu sichern.

Zwar bezahlen rund 500 Millionen Europäer inzwischen in EURO, hingegen ist die *Europäische Union* in den Köpfen und Herzen der Menschen, die über ihre Einführung keineswegs *demokratisch* mitbestimmt haben, zumeist noch nicht angekommen. Im Gegenteil haben sich Millionen Menschen inzwischen vom EURO und allem, was er symbolisiert, mit sich brachte und vor allem kostete(!), bereits innerlich wieder abgewandt.

Politiker, Parteien und politisch unabhängige Experten streiten darüber, ob der begonnene Weg „auf Biegen und Brechen“ fortgesetzt werden sollte – koste es, was es wolle –, oder die EURO-Zone aufgeteilt, einzelne Mitgliedsländer ausgeschlossen oder das „EURO-Experiment“ schlicht aufgegeben werden sollte.

Den Verfechtern des Status Quo bleiben nur Einschnitte bei staatlichen Leistungen, Steuererhöhungen oder eine hemmungslose Fortsetzung der gefährlich ausufernden Schuldenpolitik.

Aber auch die Befürworter einer Teilung der EURO-Zone oder deren Auflösung haben keine wirklichen Alternativen parat. Dies liegt daran, daß alle Protagonisten beider Seiten den grundsätzlichen Fehler begehen, ausschließlich ‚*im System*‘ zu verharren, statt eine ‚*schematische Öffnung*‘ ins Auge zu fassen. Der zweite Fehler besteht darin, daß Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Rechtspolitiken jeweils singulär diskutiert werden – unter Wahrung der nationalen Egoismen und mit ängstlichem Blick auf die eigenen politischen Machtaspekte.

Mit dem vorliegenden Konzept werden tatsächlich *radikale*¹ alternative Konzepte vorgeschlagen, die aber nach Ansicht des Verfassers die einzige Möglichkeit darstellen, sowohl nationale Politiken als auch die Zukunft des EURO und der EURO-Zone neu zu definieren und nachhaltig erfolgreich zu gestalten.

¹ lat: *radix*: die Wurzel

Wichtig ist dabei jedoch, daß nicht mehr – wie bisher – Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik *singularisiert* werden, vielmehr müßte ein tragfähiges Konzept für eine Neuorientierung im Sinne eines Sozial-, Wirtschafts- und Fiskal-Verbundes – mit dem Fernziel eines ‚*Vereinten Europas*‘ – alle Teilaspekte berücksichtigen, die ein Staatswesen ausmachen.

Aus diesem Grunde bieten wir auf unserer Website www.d-perspektive.de und in weiteren Broschüren unsere gesamtheitlichen Konzepte an:

- dieses ‚*Alternative Währungskonzept*‘,
- das ‚*Plädoyer für ein neues Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept*‘,
- das ‚*Plädoyer für ein neues Demokratie- und Rechtskonzept*‘,
- das ‚*Plädoyer für ein neues Bildungskonzept*‘ sowie
- das ‚*Plädoyer für ein neues Gesundheitskonzept*‘.

B. Prolog – eine andere Sicht auf die EURO-Krise

Will man die derzeitige EURO-Krise tatsächlich lösen, sind vorab einige grundsätzliche Gedanken notwendig, da es illusorisch (und völlig unsinnig) ist, eine Lösung der EURO-Krise – in Wahrheit eine Staatsschuldenkrise mit unterschiedlichen Aspekten und Schwerpunkten – *solitär*² in wirtschafts-, fiskal- oder finanzpolitischen Denkfiguren zu suchen. Ein Staat (gleich, welcher Größe) ist ein Konstrukt sozial-, finanz-, wirtschafts-, steuer-, bildungs- und rechtspolitischer Entitäten und deren (untrennbarer) Interaktionalität und Verquickung. So macht es z.B. einen fundamentalen Unterschied, ob wir *Griechenland, Italien, Irland* oder *Deutschland* thematisieren, da sich bereits diese vier Länder in faktisch allen Belangen, die eine Volkswirtschaft ausmachen, erheblich unterscheiden.

- Während z.B. *Italien* in etwa ein ausgewogenes *Import-/Exportverhältnis* aufweist, liegt die *Importquote Griechenlands* dreimal höher als die *Exportquote*. Der Exportanteil langlebiger Wirtschaftsgüter beträgt im Falle *Deutschlands* fast 60%, der Anteil *Griechenlands* liegt hingegen bei etwa 28%. Dafür spielen der Export von Nahrungsmitteln, Agrarprodukten und vor allem der Tourismus in *Griechenland* eine weitaus größere Rolle als z.B. in *Frankreich* oder *Deutschland*.
- Höchst unterschiedlich sind auch die Strukturen der Einkommensarten sowohl der EURO-Länder als auch der EWU-Mitglieder nach Produktion, Handel und Dienstleistung.
- Letztlich unterscheiden sich die Länder der EURO-(Währungs-)Union in maßgeblicher Weise – Dauer des Erwerbslebens, Sozialversicherungswesen, quantitative Unterscheidung der Art der Einkommen (Angestellte/Arbeiter, Selbständige, Beamte), bezüglich des Anteils im öffentlich-rechtlichen Dienst, klein- und mittelständische Betriebe sowie nach Reproduktionsrate, Bildungsstand, Ausbildungstiefe, etc.
- Bereits seit Mitte der 1990er Jahre wurde es immer fragwürdiger (heute ist es de facto unmöglich), angesichts der internationalen Verflechtungen sowohl der wirtschaftlichen Aktivitäten (vor allem der Großkonzerne) als auch der internationalen Währungsströme (und damit der Abhängigkeit der Währungen von faktischen und spekulativ-getriebenen, z.T. manipulativen Entwicklungen der Währungen), von ‚*nationalen Wirtschaftsräumen*‘ zu sprechen. Nur (immer noch) *national* denkende Politiker sprechen von *singulären* Volkswirtschaften, während Banken und (Groß-)Konzerne, zunehmend auch mittelständische Betriebe, bezüglich ihrer Produktions- und Handelsketten mithilfe ausländischer Tochterunternehmen längst *international* denken und handeln, wobei sie die jeweils günstigsten Produktionsstandorte (u.a.) nach rechts- und fiskalpolitischen Voraussetzungen auswählen. Gleichermaßen werden Gewinne und Verluste unter rechts-, währungs- und fiskalpolitischen Aspekten weltweit verlagert, was dazu führt, daß vielfach Gewinne in dafür günstigen Niedrigsteuerländern erklärt, Verluste aber in Hochsteuerländern deklariert werden.

² einzeln

All dies war bereits in den 1990er Jahren bekannt und erkennbar; absehbar war auch, daß sich diese Entwicklung noch steigern würde. Nicht zuletzt setzte unter den Ländern (nicht nur der EURO-Zone, sondern auch weltweit) ein regelrechter Wettbewerb um Neuansiedlungen von Produktions- und Handelsbetrieben ein, um damit das eigene Bruttoinlandsprodukt zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen, Steuern zu requirieren, die Infrastruktur zu verbessern und international wettbewerbsfähig zu bleiben/werden. So lockten Gemeinden mit unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen und Länder mit „Ansiedlungs-Subventionen“. Hinzu kommen mehr als 100 unterschiedliche Mehrwertsteuersätze auf (gleiche) Produkte und Dienstleistungen in den verschiedenen Ländern der EURO-Zone.

Etwas ketzerisch bleibt anzumerken, daß bereits bei Schaffung der EU[ro-(Länder)-Union]³ insofern erhebliche Faktoren (bewußt?) nicht berücksichtigt wurden, die dann geradezu zwangsläufig den Grundstein für die Probleme gelegt haben, die wir heute gewärtigen.

Nun ist es ein Merkmal der Politiker und Parteien in allen Ländern, die sich ‚*demokratisch*‘ nennen, daß sie ‚*opportunistisch*‘ und (damit zwangsläufig) ‚*reaktiv*‘ denken und handeln und damit in diametralem Gegensatz zu Unternehmern und Unternehmen stehen, die ‚*kreativ*‘ und ‚*aktiv*‘ darum bemüht sind, Chancen zu suchen und zu nutzen. Politiker (und Parteien) sehen sich dann regelmäßig dazu gezwungen – mit Blick auf die öffentliche Meinung, die nächsten Wahlen und damit opportunistisch –, auf geschaffene Fakten zu *reagieren*. Unter dem Rubrum (vorgeblich) ‚*sozialer Verantwortung*‘ versuchen sie, rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen, Kontrollmechanismen zu installieren und mit politischer Rhetorik die jeweils von Anderen geschaffenen Fakten halbwegs unter Kontrolle halten und regulieren zu können.

Genau das war auch das hauptsächliche Grundmotiv der Architekten eines ‚*Vereinten Europas*‘, auch wenn dies den Bürgern der Gründungs- wie auch der Beitrittsländer zur EURO-Zone und zum EURO völlig anders – Frieden, soziale Sicherheit, Ausschluß von Währungsrisiken, gleiche Bildungs- und Rechtsstandards, etc. – verkauft wurde.

Man kann aber, und diese Haltung haben wir bereits Mitte der 1990er Jahre vehement vertreten, völlig unterschiedliche Volkswirtschaften, Sozialstrukturen und Kulturalitäten nicht *zwangsweise* vereinen und unter einem gemeinsamen Steuer-, Finanz-, Währungs- und Sozialsystem gleichschalten.

Fakt ist: 15 Jahre nach seiner „Geburt“ fehlt es dem EURO *psychologisch* an Akzeptanz in der Bevölkerung, *funktional* an Flexibilität, *philosophisch* am sozialpolitischen und kulturalen Unterbau (keines der originären Kernländer befand über seine Einführung demokratisch), an jedweder legislatorischen Legitimation – inzwischen kommen 70% aller Gesetze aus Brüssel und Straßburg.

Der EURO-(Währungs-)Verbund gleicht einem Koma-Patienten, dem inzwischen das fünfte Herz, die sechste Lunge und die siebte Leber implantiert wurden und dessen Verweildauer auf der Intensivstation völlig ungewiß ist. Nur die Tatsache, daß seine „Bettnachbarn“ (US-Dollar, Yen, etc.) auch schwer atmen und am Tropf hängen, relativiert das Dilemma.

Insofern gibt es nur zwei Alternativen: Entweder man bekennt sich zu den falschen Prämissen, unter denen diese Pseudo-Union geschmiedet wurde, steigt aus dem bisher existierenden System vollkommen aus und ändert die Grundlagen einer gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion komplett, oder man versteift sich darauf, den bisher falschen Weg per Zwang und ohne Rücksicht auf die wachsenden Probleme (auf allen Ebenen) fortzusetzen – mit einem aberwitzigen Aufwand an zusätzlichen Schulden und (sozial- wie auch wirtschaftspolitisch) fatalen Folgen.

Den *zweiten* Weg zu gehen, wäre insofern höchst gefährlich, als alle Versuche, künstlich zu vereinen, was völlig unterschiedliche Grundvoraussetzungen trägt, in den letzten 5.000 Jahren Menschheitsgeschichte früher oder später zum Zusammenbruch geführt haben; nur pars pro toto sei hier der Zusammenbruch der ‚*sozialistischen Staatengemeinschaft*‘ genannt; selbst eine auf den ersten Blick sehr sympathische und konformistische Idee wie die des Sozialismus/Kommunismus wurde in den betreffenden 43 Ländern derart unterschiedlich gelebt und interpretiert, daß die künstliche Vereinigung unter einem gemeinsamen „Ideal“ früher oder später zur Verweigerung der Bevölkerung, immer stärkeren Divergenzen und letztlich zum finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch dieses Systems führen mußte.

Gleiches wiederfuhr aber auch allen „Großreichen“, die in der Geschichte geschaffen wurden – ohne Rücksicht auf kulturelle, religiöse, historische und traditionelle Hintergründe und Entwicklungen.

³ Die Schreibweise soll den unglaublichen Wust an unterschiedlichen Inhalten (nebst Dutzenden von Ausnahmen, Sonderregeln und wohlfeilen Kompromissen) verdeutlichen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß bis heute eine offizielle Erklärung vonseiten der maßgebenden Politiker (und Parteien) fehlt, ob das „*Vereinte Europa*“ künftig gänzlich ohne *nationale Autonomien* auskommen soll, was einen Bruch sämtlicher nationaler Verfassungen bedeuten würde und damit nichts weniger als einem **Hochverrat** entspräche, worauf in einigen Ländern noch in jüngster Zeit sogar die Todesstrafe stand! Insofern ist nachvollziehbar, daß kein führender Politiker einer Regierungspartei offen wagt, anzusprechen, daß der künftige Verzicht auf national unterschiedliche Autonomien realistisch der einzige Weg wäre, die zwangsweise Konformisierung aller heutiger (und künftiger) EURO-(Währungs-) Länder in bisher begonnener Weise fortzusetzen.

Schon beinahe unerheblich bleibt dabei die Frage, wo ‚*Europa*‘ eigentlich geographisch beginnen und enden soll; *Rußland* – ein geographischer Begriff von 13 Zeitzonen – endet östlich am chinesischen Meer; 92% der *Türkei* liegen in Asien; 11 Mitglieder (und autonome Republiken) der GUS sowie einige osteuropäische Beitrittsländer/-kandidaten liegen teilweise oder komplett (süd)-östlich der fiktiven Grenze des Urals. Und was haben die überseeischen Gebiete *Frankreichs*, der *Niederlande* sowie *Großbritanniens* (Commonwealth) mit Europa zu tun?

Hinzu kommen die ehemaligen Kolonien Frankreichs in Afrika, die teilweise bis zur Einführung des EURO in der Kunstwährung CFA mit Frankreich (über ihre Konten bei der *Banque National de Paris*) abrechneten; die in Paris gehaltenen Konten sind bis heute weder saldiert, noch für die Zukunft geklärt.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage, wie nicht nur die EURO-Krise innerhalb der Länder, die den EURO benutzen, und der Länder, die bereits der Union angehören, gelöst werden kann. Der EURO stellt heute bereits die zweitwichtigste internationale Leitwährung dar – es gibt mehr €-Scheine als \$-Scheine –, also auch die international auf EURO lautenden Verträge sowie die in EURO valuierten Einlagen und Kredite der internationalen Bankenwelt sind von einer jedwie gearteten Lösung der EURO-Krise betroffen.

Auch hier haben die Banken (inkl. Weltbank, BIZ, IWF und EZB) die nationalen Regierungen der EURO-Zone längst unter Kuratel („*too big to fail*“).

Insgesamt ist die Situation schier hoffnungslos verfahren, insbesondere dadurch, daß alle nationalen Regierungen tunlichst die Mentalität und Anspruchshaltung ihrer Wählerklientel im Auge halten, um nicht ihren Sturz gewärtigen oder soziale Unruhen befürchten zu müssen. Völlig uneins sind sich die Mitglieder der EURO-(Währungs-)Zone, ob man lieber weiter Milliarden drucken und Schulden anhäufen oder staatliche Leistungen (und Subventionen) kürzen oder aber die Steuern erhöhen sollte.

Mit all diesen Lösungsansätzen verbleiben die Diskutanten aber *im bestehenden System*, anstatt *außerhalb* des Systems nach Lösungen mit völlig neuen Denkmustern und nach ganz anderen Parametern zu suchen.

Systeme sind per se *lernunwillig* und *lernunfähig*. So sehr klar begrenzte und gültige Systeme – man denke an die Sprache (inkl. Grammatik, Orthografie, Semantik, Aussprache, etc.), den Straßenverkehr, Eßsitten – hilfreich und nötig sind, stellen diese jeweils abgeschlossene Entitäten dar, installiert zu einem bestimmten Zweck, Sinn und Nutzen. Sie erfahren mitunter leichte Veränderungen und Neuerungen, bleiben in ihrer Grundsätzlichkeit aber stabil, gewahrt und dauerhaft. Sie stellen zwar auf einen generellen Nutzen für alle ab, dienen in ihrer Vorteilhaftigkeit aber bisweilen einigen mehr als anderen und werden von ihren Nutzern auch unterschiedlich stark in Anspruch genommen (bisweilen auch mißbraucht).

Generell sind Systeme weder „gut“ noch „böse“; ihr sinnvoller Einsatz und Gebrauch (oder eben zielgerichteter Mißbrauch) obliegt den Bürgern⁴ selbst und Interessensgruppen. Und eben um den Mißbrauch installierter Systeme in Politik und Medien, in Wissenschaft und Forschung, im Rechts-, Finanz-, Steuer- und Sozialwesen geht es bei der Frage der Sinnhaftigkeit, notwendiger Gesetze und Kontrollen, will man daran gehen, größere Entitäten zu schaffen, die allen darunter Vereinten mehr Vorteile und Nutzen als Nachteile und Schaden bringen.

Selbst unterstellt, daß die Mütter und Väter des EURO und eines Vereinten Europas die Vorteile eines „*Vereinten Europas*“ im Auge hatten, muß konstatiert werden, daß hierbei mit zu viel Zwang, aber zu wenig (historischer) Kenntnis und Rücksicht auf bestehende Unterschiedlichkeiten gearbeitet wurde. Entgegen der

⁴ Eine Liebeserklärung und ein Fluch bedienen sich des gleichen Systems – der Sprache.

ursprünglichen Absicht – von den Gründervätern auch so postuliert –, *erst* eine Angleichung der Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik zu betreiben und *dann* auf diesen neuen Staatenbund mit einer gemeinsamen Währung den „Schlußstein“ zu setzen (Original-Zitat *Helmut Kohl*), entschied man sich angesichts der wachsenden Divergenzen und Probleme, den umgekehrten Weg zu gehen – in der naiven Hoffnung, eine gemeinsame Währung würde dann politische Fakten und genügend Gefühle der Gemeinsamkeit schaffen, um alles andere mithilfe entsprechender Kommissionen und Gesetze später regeln zu können. Doch dieser Weg erwies sich als Irrweg, mit der Folge, daß eine dazu nie demokratisch legitimierte Behörde in Brüssel/Straßburg quasi das Oberkommando über inzwischen 28 höchst divergente Völker übernommen hat. Entsprechend gering ist auch die Zustimmung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern, die ihre Souveränität, ihren eigenen Volkscharakter und ihre Lebensumstände nicht aufzugeben bereit sind. Mögen es die politischen EURO-Fanatiker in den einzelnen Parlamenten auch noch so gerne anders sehen, dies kann nicht die Basis für einen gemeinsamen (und auch derart empfundenen) Staatenbund sein.

Wenden wir uns jedoch der ersten Option zu – dem völligen Ausstieg aus dem bisherigen System und einer *schematischen* Öffnung unter Einbezug aller dafür relevanter Faktoren –, so ergäben sich tatsächlich sinnvolle Alternativen, die es den einzelnen Völkern nicht nur interessant und hilfreich, sondern sogar in hohem Maße notwendig erscheinen ließen, gemeinsam stärker und effizienter, vor allem aber friedlich miteinander umzugehen und zu leben.

Darauf stellen die *alternativen Konzepte* des PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V. ab, so revolutionär sie auf den ersten Blick auch erscheinen mögen.

Diese alternativen ‚*Wirtschafts-, Steuer-, Finanz-, Sozial- und Demokratie-Konzepte*‘ sind in den letzten Jahr(zehnt)en entstanden und fußen auf einem grundsätzlichen Gedanken: Entgegen der landläufigen Meinung von Parteien, die in der modernen Gesellschaft die Rolle des früheren Adels übernommen haben, können die unterschiedlichen Politikbereiche (Fiskal- und Rechtswesen, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik) nicht unabhängig voneinander gesehen, gestaltet und betrieben werden – insbesondere nicht unter dem Aspekt (partei-)politischer Machtansprüche –, vielmehr wirken sie derart untrennbar auf- und ineinander, daß durch jeden Versuch, sie separat sehen und betreiben zu wollen, ein hohes Maß an Verwirrung und Ablehnung vonseiten der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppe(n) geradezu vorprogrammiert sind.

Es gilt also, den Blick auf die Zusammenhänge, die ein kohärentes Miteinander unterschiedlicher Völker (und Volkswirtschaften) ausmachen, völlig neu zu sortieren, um ein möglichst einfaches, von allen verstehbares und nachvollziehbares neues System zu etablieren, mit dem sich auch möglichst jeder identifizieren kann, um innerhalb dieses Systems leben und arbeiten zu können.

Daß dies dem (macht)politischen Bestreben der Parteien in sämtlichen „demokratischen“ wie auch autoritär regierten Ländern erheblich zuwiderläuft – viele Subsysteme existieren überhaupt nur aufgrund der Probleme, die die Politik/die Parteien selbst kreiert haben – und nicht unbedingt einhellige Zustimmung finden wird, versteht sich von selbst; immerhin wird der Machtapparat, dessen sich die politischen Parteien bedienen, erheblich geschmälert, oder gar funktional außer Kraft gesetzt. Aber worum geht es den Politikern denn wirklich? Wollen sie auf Gedeih und Verderb ihre Macht behalten oder tatsächlich – wie sie dies auch mit ihrem Amtseid versprechen – dem Volk dienen und für Gerechtigkeit sorgen?

C. Wie sähe nun das *alternative Währungs-Konzept* aus?

Ausgehend von der Prämisse, daß generell alles, was eine Nation, ein Volk, einen Staat ausmacht (siehe: Prolog), auf den Prüfstand gestellt, entflochten und von unsinnigen Inhalten befreit werden sollte, und ebenso unter der Prämisse, daß nur eine derartige „entschlackte“ Politik dazu führen kann, unterschiedliche Bevölkerungen unter einem gemeinsamen sozial-, fiskal-, rechts- und wirtschaftspolitischen Dach zu vereinen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Um alle derzeitigen Währungs- und Schuldenprobleme zu lösen (und im Sinne einer *optimalen Neuordnung des Währungssystems*), gründen alle dazu bereiten Länder eine ‚*International Currency Union*‘ (ICU). Dieser können alle Staaten mit ihren Währungen beitreten, deren Bevölkerungen sie dazu demokratisch legitimieren. Jedes derartig legitimierte Land bringt in die ICU einen Jahresbeitrag ein, der 1% seines Bruttoinlandsprodukts ausmacht.

Dieser ICU obliegt es, mit demokratischer Mehrheit zu beschließen, einzelnen Ländern Kredite zu gewähren, um damit ihre Schulden zu tilgen bzw. Anleihen aufzulegen. Die ICU kann ebenfalls Staats- und Kommunalanleihen erwerben und – ähnlich einer Börse – handeln.

Damit könnten z.B. auch diejenigen Länder, die sinnvollerweise die Europäische Währungsunion verlassen wollen, übergangsweise ihre bisher angefallenen Schulden begleichen, zu eigenen (alten oder neuen) Währungen zurückkehren und einen Neuanfang finden.

Ebenso könnten aber auch internationale Konsortien, und private Firmen, – hierzu zählen u.a. auch Banken – Kredite und Bürgschaften bei der ICU beantragen.

Die daraus erwachsende Situation, daß in einem Land gleichzeitig mehrere Währungen existieren, muß niemanden erschrecken; in vielen Ländern der Welt kann man heute bereits problemlos in zwei oder mehr Währungen Waren und Dienstleistungen bezahlen.

2. Natürlich wären die Auswirkungen auf die Staatsverschuldung, private Ersparnisse und Inlandshypotheken, aber auch den Interbankenhandel, die wechselseitigen Beziehungen zwischen einzelnen Ländern und transnationale Verbände wirtschafts- und währungspolitischer Art weitreichend. Dabei muß aber bedacht werden, daß wir uns – weltweit, in nahezu allen Ländern der OECD, in denen feste wirtschafts- und sozialpolitische Strukturen bestehen – in dieses Dilemma hineinmanövriert haben, bzw. zuließen, daß dies die „demokratisch-legitimierten“ Parteien und Politiker bedenkenarm und hemmungslos über Generationen (und Wahlperioden) hinweg taten.

Sicherlich ist ein Umdenken und ein daraus resultierender Neuanfang nicht schmerz- und kostenfrei zu bewerkstelligen. Noch viel unsinniger wäre es jedoch, das alte, marode und in einigen Ländern bereits staatsgefährdende System – in vielen Ländern stehen erhebliche soziale Unruhen bevor, bzw. sie existieren bereits – auf Biegen und Brechen und mit Milliarden und Billionen zu verteidigen. Das entspräche dem Versuch, einen randalierenden Alkoholiker mit weiteren Drinks ruhig zu stellen. Daß eine Lösung der EURO-Krise – egal welches Land im EURO-(Währungs-)Verbund bleibt oder austritt –, ohne scharfe Einschnitte und sogar Verluste (für Privatinvestoren, Banken und staatliche Aerars) schlicht nicht möglich ist, muß jedem halbwegs intelligenten Menschen einleuchten. Wer hier nach der „Quadratur des Kreises“ sucht und glaubt, bis dahin in alter Manier fortfahren zu können, handelt verantwortungslos und aberwitzig.

Spätestens jetzt, angesichts der exorbitant hohen Schulden der meisten westlichen Länder wie auch der nicht-europäischen Industrienationen und Schwellenländer sowie der abenteuerlichen Beträge, mit denen inzwischen operiert wird – das wahre Ausmaß wird ja erst demjenigen klar, der nicht nur die *expliziten*, sondern auch die *impliziten* Schulden (staatliche Verpflichtungen für Renten und Pensionen) in seine Überlegungen einbezieht – kommt faktisch kein Land darum herum, sein gesamtes Steuer-, Finanz- und Sozialsystem nebst der damit verbundenen Rechtsvorschriften und Gesetze auf völlig neue Füße zu stellen, um künftig überlebens- und wettbewerbsfähig zu bleiben (bzw. wieder zu werden).

Durch die Verlagerung bilateraler Finanz- und Handelsverträge auf die ICU – gegen eine Handelsgebühr von z.B. (je nach Fall) 2 bis 5% – entfielen mithin auch Staatshaftungen für marode, aber „systemrelevante“ Banken und die damit verbundene politische Erpreßbarkeit. Das bedeutet: Für (Landes-)Banken und (Groß-) Konzerne, die sich in Wertpapiergeschäften (inkl. Derivaten, Futures, Optionen, Swaps, etc.) verspekulieren, **werden künftig nicht mehr Steuerzahler in die Haftung genommen**, sondern die Handelspartner selbst, bzw. die ICU.

Der marodierende Handelspartner würde dann schlicht abgewickelt.

Es ist nämlich den Bevölkerungen nicht vermittelbar, daß ausschließlich *sie* die Zeche zahlen und für Fehler von Regierungen anderer Länder eintreten müssen. Daran ändern auch alle neuen Stabilitäts- und Wachstumspakte (ESFS, EFSF, ESM, Soffin, Solvency III, FSB), das ‚Fiscal-Sustainability‘-Konzept der OECD oder die nächsten Eigenkapitalerhöhungen für Banken („Solvency IV“) nichts; die Bürger glauben weder den Politikern, noch vertrauen sie den Banken, die sich ja gegenseitig auch nur noch mißtrauen.

Ängstlich werden die Zinsen der Zentralbanken auf Rekord-Niedrigstständen gehalten, da jedem halbwegs versierten Bürger – allen voran Politikern – klar sein muß, was geschähe, wenn sich die Leitzinsen und die Handelszinssätze auch nur um 1 oder 2% nach oben verschöben. Dann geriete nämlich die *Staatsschuldenkrise*, um die es sich in Wahrheit längst handelt, völlig außer Kontrolle.

Nun zur praktischen Vorgehensweise in alternativer Form:

Praktische Umsetzung:

Schuldner eines Landes, die den Raum des bisherigen EURO verlassen, bieten ihren Gläubigern folgende Optionen (finanziert über die ICU) an:

- A) einmalig 50% der Schuld in der *neuen Währung IC (International Currency)*⁵ oder
- B) 5 Jahre 15% des ursprünglich geschuldeten Betrages oder
- C) 10 Jahre 8% oder
- D) 20 Jahre 5% oder
- E) 30 Jahre 4 %,

wobei sich die Quoten B) bis E) ausschließlich auf die Schuld beziehen, also keine Zinsen bezahlt werden.

Jedem Gläubiger bleibt es überlassen, für welche Variante er sich entscheidet. Die ICU kann dann also A-, B-, C-, D- oder E-Anleihen emittieren.

Als Garant für die Rückführung dieser Schulden verbürgt sich die ICU, sofern (und solange) das Schuldnerland Mitglied der ICU ist.

In gleicher Weise können auch (Hypotheken-)Banken und international agierende Konzerne sowohl als Gläubiger als auch als Schuldner der ICU beitreten, wobei die Jahresgebühr ebenfalls 1% der Bilanzsumme dieser Unternehmen beträgt. Damit sind Staaten der unsinnigen Pflicht enthoben, aus dem nationalen Aerar Banken zu stützen/retten, die *international* agieren. Ganz nebenbei führte dies dazu, daß Banken in ihrem Drang, möglichst viele Geschäfte im Interbankenhandel zu betreiben und als Devisenspekulanten oder im High-Frequency-Trading zu arbeiten, eingeschränkt, bzw. gezwungen wären, wesentlich vorsichtiger zu agieren, als dies bislang der Fall ist. So entfielen beispielsweise die vielerseits geforderte Währungs-/Spekulationssteuer („*Tobin*’-Steuer) auf den Handel mit Finanzderivaten und Währungen.

Auf diese ICU könnten mithin alle (bisher oder künftig abgeschlossenen) internationalen Verträge übertragen werden – gegen eine gewisse Gebühr, vergleichbar einer Inkasso-Organisation –, egal, ob sie auf EURO, US-Dollar oder eine andere (international gehandelte) Währung lauten.

Gleichzeitig hätte dieses Vorgehen den enormen Vorteil, das (inter)nationale Bankenwesen zu stabilisieren und auch in diesem Markt wieder für fairen Wettbewerb zu sorgen.

[In welchem Maße nationale Politiken und ganze Staaten, letztlich sogar der gesamte EURO-(Währungs-) Verbund und das internationale Währungsgefüge längst zur manipulativen Spielmasse der Banken (private, aber auch Landesbanken) wurde, ist beispiellos.

Pro Tag werden rund 5 Billionen US-Dollar in Finanztransaktionen unterschiedlicher Art um den Globus gejagt. Das sind pro Jahr rund 1,8 Billiarden US-Dollar. Bei einem Welt-Bruttosozialprodukt von rund 65 Billionen US-Dollar bedeutet dies, daß beinahe 97% des internationalen Finanzvolumen-Transfers nicht das Mindeste mit jeglicher realer Wertschöpfung (Produktion, Handel, Dienstleistungen) zu tun haben! Dieser Zustand hat sich in den letzten 20 Jahren exponentiell entwickelt und droht im Zuge immer raffinierterer Algorithmen („*high-frequency-trading*’) apokalyptische Ausmaße anzunehmen.]

Damit wären die derzeit im Raum stehenden und von vielen Ängsten begleiteten Probleme eines Übergangsprozesses klar geregelt und entzögen sich künftig allen politischen Spekulationen und Manipulationen.

Mithilfe dieser politisch von keinem einzelnen Land und keiner einzelnen Währung abhängigen Institution, der *International Currency Union*, würden öffentlich-rechtliche Institutionen (Staaten und Gemeinden), aber auch Banken und Konzerne, zu wettbewerbsfähigen Handelspartnern, ohne daß ein (stärkeres) Land ein anderes (schwächeres) Land wirtschafts- oder währungspolitisch manipulieren oder erpressen könnte.

Ebenso wenig könnte ein international agierender Großkonzern durch Verlagerung seiner Produktions- oder Handelsströme und damit verbundene Arbeitsplätze, die abgebaut oder geschaffen werden, Druck auf nationale Politiken ausüben. Letztlich würden aber auch die Bürger/Steuerzahler einzelner Länder nicht mehr zur beliebigen Spielmasse für politische Parteien und Regierungen (Stichwort: aktive und passive finanzielle Korruption⁶).

⁵ Ein internationaler Währungskorb, der die einzelnen Landeswährungen unabhängig (täglich/wöchentlich) bewertet. Die bisherige, nahezu weltweite Dominanz des US-\$ oder jeder anderen Währung (und deren politische Wirkungen!) entfielen damit.

⁶ „Korruption – Die Entschlüsselung eines universellen Phänomens“ von Hans-Wolff Graf, www.d-perspektive.de

Sowohl zur „Entschlackung“ der unterschiedlichen Währungs- und Handelsströme, als auch der damit verbundenen Rechtssysteme sowie der unterschiedlichen Steuer- und Abgabensysteme in den einzelnen Ländern wäre anzuraten, das ‚*Steuer-, Finanz- und Sozialsystem*‘ der einzelnen Volkswirtschaften auf völlig neue Füße zu stellen.

Unmittelbar zu diesem ‚Alternativen Währungskonzept‘ gehörend, sind unserer beiden Konzepte:

‚Plädoyer für ein neues Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept‘ mit der fünf-stufigen Konsumsteuer und der vorübergehenden Besitzsteuer **sowie**

‚Plädoyer für ein neues Demokratie- und Rechtskonzept‘, mit dem *Delegatiokratie*-Prinzip, bei dem für übergeordnete Angelegenheiten aus den Bürgerschaften Delegierte in ein regionales bzw. Länder- oder Bundesgremium gesandt werden, die dort das Votum der Bürgerschaften zu vertreten haben (ansonsten werden sie abgesetzt),

da sie zur Gesamtheit der zu lösenden Probleme unabdingbar sind.

Das hier unterbreitete ‚*alternative Währungs-Konzept*‘ sowie das ‚*Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept*‘ fußen auf mehr als 40 Jahren Erfahrung als Selbständiger in der (Finanz-)Wirtschaft, vor allem aber auf geistiger, wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit.

Hieraus erwächst auch die Überzeugung, daß nicht nur die dem EURO und der Eurozone sondern auch den USA sowie den Schwellen- und Entwicklungsländern ins Haus stehenden Probleme durchaus lösbar sind, sofern einerseits Fachkompetenz, andererseits ein unabhängiges Denken dahinter stehen.

Auf lediglich parteiideologischer Ebene und ‚per Ordre de Mufti‘ kann die EURO-Krise in all ihren Facetten nicht gelöst werden.

Hans-Wolff Graf